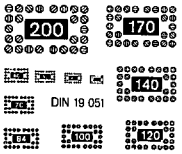

Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981.

FORUM FRIEDEN SPD

Archiv der sozialen Demokratie
Bonn
Bibliothek
C 85-1279

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

Vorwort

Frieden ist der Wunsch aller Menschen. Aber Friedenspolitik muß mehr sein als Wunsch und Hoffnung. Denn Erhaltung des Friedens in einer komplizierten, verflochtenen Welt setzt eine konkrete Politik voraus, die ausgerichtet ist auf den Abbau von Spannungen, den realen Ausgleich von Interessen und internationale Zusammenarbeit.

Verteidigungsbereitschaft und Friedenswille sind heute keine Gegensätze. Sie gehören zusammen. Solange Spannungen und Interessengegensätze zwischen den Staaten fortbestehen, wird es auch Waffen geben. Und wenn die Spannungen wachsen, droht Wettrüsten. Friedenspolitik muß deswegen sowohl auf Spannungsabbau und Interessenausgleich gerichtet sein, als auch entscheidendes Gewicht auf Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung legen. Eine Automatik gibt es nicht: Die politische Entspannung der vergangenen Jahre hat den weltweiten Rüstungswettlauf leider nicht bremsen können.

Angesichts der gestiegenen Gefährdung wird in der Öffentlichkeit immer nachdrücklicher die Frage gestellt, ob zur Sicherung des Friedens nicht ganz andere Wege beschritten werden müssen. Ob nicht die Duldung von Unterlegenheit immer noch weniger gefährlich sei, als die Fortsetzung des Wettrüstens. Ob nicht einseitige Verzichte weniger Risiken enthalten, als zunehmende zweiseitige Konfrontation.

Diese Fragen der Bürger müssen angesichts geschichtlicher Erfahrungen sicher ernst genommen werden. Aber Friedenspolitik muß eben mehr sein als Friedenswille. Friedenssicherung kann nur auf der Grundlage der internationalen politischen Voraussetzungen erfolgen. Im übrigen gilt: Friedensbewegungen, die keine in Wahlen erworbene Legitimation haben, können Anstöße geben: Die politische Verantwortung müssen andere übernehmen.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt sich den Fragen, die unser Volk zum Thema Frieden bewegen. Die SPD hat in ihrer langen Geschichte den Frieden immer in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. Die SPD hat gerade auch als Regierungspartei diese Leitlinie ernstgenommen. Die SPD ist die eigentliche politische Friedensbewegung in unserem Land.

Angesichts der schwierigen Einzelfragen, die sich in der Friedenspolitik heute stellen, sehen sich viele Bürger heute kaum noch imstande, im konkreten Fall ein eigenes Urteil zu fällen. Sorgen und Unsicherheit führen dann auch zu Zweifeln an der Politik der Bundesregierung und der SPD.

Aus diesem Grunde begrüße ich, daß Hans Koschnick, Wolf Baudissin, Klaus Schubert und Klaus Dohnanyi sich die Mühe gemacht haben, Grundfragen und Elemente sozialdemokratischer Friedenspolitik aufzuzeichnen. Ich hoffe, daß diese Darstellungen möglichst vielen Menschen als Orientierungshilfe dienen können und sie in Stand setzen, die schwierigen Probleme unserer Partei besser zu verstehen.

Willy Brandt

Bonn, im Mai 1981

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Grundpositionen Sozialdemokratischer Sicherheitspolitik (Hans Koschnick, Wolf Graf von Baudissin, Klaus von Schubert)	5
1. Die eigene Sicherheit ist nicht zuletzt die Sicherheit des anderen	5
2. Politik hat keine Perspektive, wenn es nicht weiter gelingt, Krieg zu verhindern	6
3. Rüstungsverminderung morgen setzt Rüstungskontrolle heute voraus	6
4. Abschreckung und Rüstungskontrolle setzen eine funktionsfähige Bundeswehr voraus	7
5. Sicherheit ist mehr als militärische Sicherheit	7
6. Die SPD schlägt die Einrichtung eines Bundesinstitutes für Rüstungskontrolle vor	8
Deutsche Friedenspolitik 1981 (Klaus von Dohnanyi)	9
Vorbemerkung	9
1. Einleitung	9
2. Das Konzept der Entspannungspolitik	9
3. Die Ergebnisse der Entspannungspolitik	10
4. Die Veränderungen in der Weltpolitik seit 1969	13
5. Schlußfolgerungen für die deutsche Friedenspolitik 1981	14
6. Perspektiven der Friedenspolitik	18
Beschluß des SPD-Vorstandes vom 27. 3. 1981 zur sicherheitspolitischen Situation	19

Grundpositionen Sozialdemokratischer Sicherheitspolitik

Hans Koschnick, Wolf Graf von Baudissin, Klaus von Schubert

Sicherheitspolitik gehört zu den grundlegenden, weil überlebenswichtigen Themen gesellschaftlicher Auseinandersetzung und politischer Willensbildung. Sicherheitspolitik kann nicht von Experten allein getragen werden und bedarf der gesellschaftlichen Legitimation.

Diese Legitimation setzt Information, Diskussion und Einsicht in die grundlegenden Zusammenhänge voraus. Sicherheitspolitisches Handeln wurzelt in Wertentscheidungen und ist deshalb selbstverständlich auch in moralischen Kategorien zu diskutieren, es muß sich auch fundamentaler Kritik aussetzen. Pazifisten haben einen Platz in der gesellschaftlichen Debatte über die Grundlagen der Sicherheit als Mahner gegenüber der praktischen Politik.
Aber nur Waffen zählen oder nur Waffen wegwerfen wollen ist unpolitisch. Emotionalität und Rationalität dürfen sich gerade bei diesem Thema nicht ausschließen. Es wäre tragisch, wenn Friedenssehnsucht und praktische Politik unvermittelbar würden. Friedenspolitik ist das Instrument der Friedenssehnsucht.

Es galt und gilt: Ohne Friedenssehnsucht, Anti-Militarismus und eine aktive Friedens- und Abrüstungspolitik verlöre die SPD ihre Identität als sozialdemokratische Partei. Gerade deshalb fühlen Sozialdemokraten sich herausgefordert durch neue Formen und Bewegungen, die dem Frieden dienen wollen, deren Fragen und Einwände verständlich sind, auch wenn sie keine Lösungen aufzeigen können.

Das gesellschaftliche Gespräch über Sicherheitspolitik muß der Klärung und der Aufklärung dienen. Dabei müssen die politisch Verantwortlichen Grundaussagen verstehbar und vermittelbar formulieren. Die Wirklichkeit verlangt, Widersprüche nicht zu unterschlagen, sondern sie zu nennen. Das öffentlich bewußt gewordene Abschreckungsdilemma, daß wir Schaden androhen, um Schaden zu verhindern, gehört zu den Widersprüchen, die wir aushalten müssen, bis eine bessere internationale Ordnung die Abschreckungsdrohung überflüssig macht. An dieser internationalen Ordnung konkret zu arbeiten, legitimiert die gegenwärtige Sicherheitspolitik.

In den vergangenen Monaten ist ein Defizit des mangelnden Gesprächs über die Grundprobleme unserer Sicherheit zwischen Politikern und insbesondere der Jugend, der Öffentlichkeit, den Medien, den Kirchen, den Wissenschaftlern sichtbar geworden. Dieses Gespräch hat mit kritischen Anfragen an die Grundlagen und die Logik unserer Sicherheitspolitik begonnen. Politiker als Gesprächspartner, Parlamente und Regierungen als Verantwortungsträger müssen Argumente formulieren und Zeichen setzen, die den Sinn und den Weg ihrer Politik glaubhaft machen.

Dieser Herausforderung muß sich die SPD deutlicher und offensiver stellen, nicht zuletzt auch deshalb, um zu verhindern, daß die berechtigte Diskussion des NATO-Doppelbeschlusses zu einer Verengung allein auf diesen Punkt führt und damit zwangsläufig zu einer Verkennung der sicherheitspolitischen Gesamtkonzeption und unserer außenpolitischen Verhandlungsposition.

1. Die eigene Sicherheit ist nicht zuletzt die Sicherheit des anderen.

Demokratie und Sozialismus basieren auf der Solidarität unter Menschen – in der Familie, in sozialen Gruppen, im Staat und im internationalen Zusammenleben. Der Grundwert Solidarität entspricht dem christlichen Gebot der Nächstenliebe. Dieser Grundwert trägt alle programmatischen Aussagen der SPD zur Sicherheitspolitik – vom Godesberger Programm bis zum Grundsatzbeschluß des Berliner Parteitages 1979.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik dient der Wahrung des Friedens. Die SPD versteht Frieden dabei nicht als Heilserwartung einer späten Zukunft, sondern als dauernde Aufgabe der Gegenwart im Umgang zwischen Menschen und Staaten.

Friedensfähigkeit setzt Selbstbewußtsein voraus, ein Selbstbewußtsein, das nicht nur die eigenen Interessen kennt, sondern auch die Interessen der anderen. Das schließt den Willen ein, Kompromisse zu finden und Interessen-Konflikte zu ertragen.

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis und kein staatlicher Selbstzweck. Sicherheit kann nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreicht werden, deshalb müssen Sicherheit und Frieden auch dort möglich gemacht werden, wo Gegensätze bestehen, die aus ideologischen Gründen und/oder Interessenunterschieden bis auf weiteres nicht aufgehoben werden können.

Niemand kann für sich allein Sicherheit verwirklichen: Die eigene Sicherheit ist nicht denkbar ohne die Sicherheit der anderen. Niemand kann für sich allein aus den gegenwärtigen Systemen der internationalen Sicherheitspolitik aussteigen. Individuelle Entscheidungen lösen nicht das Problem staatlicher Sicherheitspolitik. Thesen wie „Lieber rot statt tot" oder „Ohne Waffen leben" bewirken keine Kriegsverhütung und entheben keinen politisch Verantwortlichen der Notwendigkeit, Sicherheitspolitik zu betreiben.

Wer die Realität verändern will, darf ihr nicht davonlaufen. Der Wille zur Veränderung verlangt die Bereitschaft zu vielen mühsamen Schritten. Erforderlich ist einerseits

der Abbau von Zerstörungspotentialen und von Konfrontationen sowie andererseits der Aufbau einer internationalen Gemeinschaft der Zusammenarbeit.

Die SPD folgt dieser Maxime – auch und gerade, seit sie in der Regierungsverantwortung steht: Sie hat zum Beispiel daran mitgewirkt, daß die NATO 1967 neben der Verteidigung die Entspannung zum gleichrangigen Bündniszweck erhob, daß die Bundesrepublik ihre Außenpolitik ausgehend von der Verankerung im westlichen Bündnissystem nun mit den Ostverträgen durch Zusammenarbeit und Gewaltverzicht mit den Nachbarn im Osten ergänzt, daß neben den Rüstungskontrollgesprächen der Großmächte auch die Sicherheitsinteressen der mittleren und kleineren europäischen Staaten durch Konferenzen wie KSZE blockübergreifend in den Verhandlungsprozeß einbezogen worden sind.

Für die Sozialdemokratie kommt es darauf an, aus ihrer geschichtlichen Rolle als stärkste Friedensbewegung in Deutschland ihre sicherheitspolitischen Perspektiven sichtbar zu erhalten und die Glaubwürdigkeit dadurch zu belegen, daß sie in offener Diskussion nachweist, daß konkrete, möglicherweise nur kleine Schritte die Richtung des Weges auf das Ziel hin markieren.

2.
Politik hat keine Perspektive, wenn es nicht weiter gelingt, Krieg zu verhindern.

Seit Hiroshima basiert Kriegsverhinderung unter der Drohung eines Krieges mit Massenvernichtungswaffen immer noch auf gegenseitiger Abschreckung. Abschreckung meint jenen Vorgang, dessen materielle Voraussetzung in der militärischen Fähigkeit liegt, jedwedem Angreifer die Untragbarkeit seines Risikos glaubwürdig vor Augen zu führen. Militärische Fähigkeiten sollen außerdem die politische Handlungsfähigkeit gegen Erpressungsversuche erhalten, ohne zur Eskalation zu führen. Diesen Zustand bezeichnen wir als strategische Stabilität. Dieser Konzeption verdankt Europa dreißig Jahre des Friedens.

Niemand kann aber übersehen, daß ein weiteres Auftürmen von Vernichtungspotentialen auf beiden Seiten neue Risiken mit sich bringen kann und in Teilen der Bevölkerung auf zunehmendes Unverständnis stößt.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik zielt darauf: Streitkräfte und Rüstungen sollen Abschreckung auf niedrigerem Niveau mit weniger verwundbaren und weniger bedrohlich wirkenden Systemen aufrechterhalten. Das dient zugleich der sozialen und der strategischen Stabilität.

Kriegsverhinderung durch Abschreckung ist im Zeitalter des globalen Ost-West-Konfliktes nicht nationalstaatlich, ja nicht einmal allein europäisch organisierbar. Die strategische Stabilität in Europa ist nur mit Bündnissen und im Dialog zwischen ihnen zu erhalten – auch und gerade in Krisen, wo Gegner unter der Gefahr der Eskalation zwangsläufig zu Verhaltenspartnern in einem Konfliktsystem werden müssen.

Die Abschreckungswirkung der Bündnisse beruht u. a. auf dem gemeinschaftlichen Risiko. Gegenseitige Abschreckung erfolgt global und regional, sie schließt Arbeitsteilung innerhalb der Bündnisse ein. Die Abschreckungspotentiale müssen das Risiko erhöhen, dürfen aber nicht die Kriegsschwelle senken. Das gilt auch für die in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit aufkommende Befürchtung, Mitteleuropa könne zum Platz der Austragung eines begrenzten Krieges der Supermächte werden.

Für die Bundesrepublik steht die konventionelle Abwehrfähigkeit im Vordergrund ihrer militärischen Anstrengungen. Sie ist ein Staat, der ausdrücklich und auf Dauer auf Besitz und Herstellung atomarer Waffen verzichtet hat.

Die USA dagegen besitzen die Fähigkeit der nuklearen Abschreckung. Arbeitsteilung und Risikogemeinschaft erhält die Verkoppelung der Bündnispartner. Nur im Bündnis ist die Politik des gesamten Bündnisses unmittelbar zu beeinflussen. Das setzt voraus, daß getroffene Bündnisabsprachen von allen Beteiligten präzise eingehalten werden. Die NATO hat in Rom diese Grundlage ihrer Existenz bekräftigt.

3.
Rüstungsverminderung morgen setzt Rüstungskontrolle heute voraus.

Strategische Stabilität muß genutzt werden, um Rüstungen so zu vermindern, daß Sicherheit auf niedrigerem Niveau erreicht wird. Deshalb ist mehr Transparenz schon bei der Rüstungsplanung notwendig.

Auf jeder Stufe verminderter Rüstung dient annäherndes Gleichgewicht der fortgesetzten wirksamen Abschreckung. Dabei sind partielle und temporäre Über- oder Unterlegenheiten zu ertragen, solange dadurch kein zusätzliches Risiko entsteht und ein annäherndes Gleichgewicht erhalten bleibt.

Rüstungskontrolle kann nicht einseitig, sondern nur durch Vereinbarung verbindlich erfolgen. Einseitige Schritte sind auch einseitig rücknehmbar, sie können zudem, da zu geringfügig, ihre Wirkung verfehlen, oder, da zu gewichtig, als einseitige Sicherheitsminderung wirken und wahrgenommen werden.

Die Politik des Gleichgewichts verbietet das Streben nach Überlegenheit, aber auch die Hinnahme eigener Schwäche.
Rüstungskontrolle darf nicht erst bei vorhandenen Waffensystemen einsetzen, sondern muß Rüstungsvorgänge schon von der Abschätzbarkeit waffentechnischer Möglichkeiten auf dem Reißbrett erfassen. Da vergleichbare Rüstungsprojekte im Ost-West-Konflikt in ihrem Planungs- und Produktionsablauf gegeneinander zeitlich verschoben sind, muß frühzeitig der Vorgang der vereinbarten Rüstungssteuerung einsetzen, um die Dynamik der für Streitkräfte typischen technischen Modernisierungsvorgänge nicht zu strategischen Instabilitäten führen zu lassen, welche die Entspannungsbereitschaft der Beteiligten zwangsläufig mindern.

Mit ihrem Doppelbeschluß vom Dezember 1979 hat die NATO den Versuch unternommen, der Phasenverschiebung vergleichbarer Rüstungsprojekte rüstungskontrollpolitisch dadurch zu begegnen, daß sie einen Beschluß über zukünftige Nachrüstungen mit der Ankündigung verbunden hat, geplante Rüstungsschritte dem Ergebnis ergebnisreicher Rüstungskontrollverhandlungen anzupassen. Die Zeit zwischen Rüstungsbeschluß und Einführungszeitpunkt soll für Rüstungskontrollverhandlungen genutzt werden. Besorgnisse über das Verhandlungstempo sind angesichts der bereits verstrichenen Zeit verständlich.

Die US-Regierung, welche die entsprechenden Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung zu führen hat, da es sich um nukleare amerikanische und sowjetische Systeme handelt, hat bei der NATO-Ratstagung in Rom eindeutig ihren Willen zu Verhandlungen noch in diesem Jahr bekundet.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat 1980 wesentliche Impulse bei den Bemühungen um den Beginn von Verhandlungen gegeben. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin nachdrücklich für ernsthafte Verhandlungen ohne Verzögerung einzusetzen. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, wie bisher auf die sowjetische Regierung einzuwirken, daß sie Rüstungskontrollverhandlungen über eurostrategische Waffen nicht durch die unverminderte Fortsetzung der Stationierung von SS-20-Raketen weiter erschwert. Bei einem Ausscheren von Partnern aus der Beschlußlage der NATO ist die Frage der Stationierungen in der Bundesrepublik neu gestellt.

Das Verhandlungsziel des Bündnisses über eurostrategische Waffen muß eine „Null-Option" sein; sie verlangt aber entsprechendes Entgegenkommen der Sowjetunion. Wenn das unerreichbar ist, ist eine Einigung auf möglichst niedrigem Niveau anzustreben.
Zur Erleichterung der Verhandlungen unterstreicht die SPD die in ihrem Berliner Parteitagsbeschluß 1979 genannte Möglichkeit, daß in einem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen zum Produktions- und Stationierungsstopp neuer nuklearer Waffensysteme („Moratorien") getroffen werden können.

Vertrauensbildung hat gleichen Rang wie Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung. Die im KSZE-Prozeß eingeführten vertrauensbildenden Maßnahmen sollen ausgebaut werden. Das gilt auch bei MBFR.
Vertrauensbildung muß Transparenz der Rüstungen und Überprüfbarkeit der Vereinbarungen zum Inhalt haben und sich in erster Linie auf die Begrenzung militärischer Handlungsmöglichkeiten richten. Dabei sollten vor allem vertrauensbildende Maßnahmen in Europa erörtert werden, um die Fähigkeit zum Überraschungsangriff auszuschließen.

Gesprächsbereitschaft, Berechenbarkeit und die Fähigkeit, sich in die Lage des anderen zu versetzen, sind eine notwendige Grundlage für die europäische Sicherheit.

Die SPD erwartet, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid ein Mandat für eine Europäische Abrüstungskonferenz (KAE) erteilt. Die Konferenz ist durch die sowjetische Bereitschaft zur Ausdehnung des Geltungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen in Europa bis zum Ural erleichtert worden.

4.
Abschreckung und Rüstungskontrolle setzen eine funktionsfähige Bundeswehr voraus.

Das Selbstverständnis der Bundeswehr leitet sich aus dem politischen Auftrag zur Kriegsverhinderung im Rahmen des Bündnisses ab. Die Streitkräfte der Bundesrepublik sind für die strategische Stabilität in Europa unentbehrlich; damit auch für weiterführende Rüstungskontrollverhandlungen zur europäischen Sicherheit. Die Bundeswehr stärkt, fest in der NATO eingebunden, durch ihre militärische Qualität die Vertretung unserer Interessen und die Mitsprache im Bündnis.
Vor diesem Hintergrund war eine erfolgreiche Ostpolitik möglich, die im Westen kein Mißtrauen erregte und im Osten ernst genommen wurde.

Die Bundeswehr ist stets mit der Aufgabe konfrontiert, den gesellschaftlichen und technischen Wandel ebenso aufzunehmen und zu verarbeiten, wie Weiterentwicklungen der Abschreckung und der Rüstungskontrollmechanismen. Sie kann dies im Bewußtsein ihrer 25jährigen Tradition als Armee der Kriegsverhinderung leisten, die in das Verfassungsgefüge und den gesellschaftlichen Pluralismus der Bundesrepublik eingebunden ist. Die Integration der Bundeswehrsoldaten in die Gesellschaft ist Realität, wenngleich in einer pluralistischen Gesellschaft notwendig auch der Diskussion ausgesetzt. Grundlage bleibt das schon bei der Gründung der Bundeswehr von allen Parteien getragene Leitbild vom Staatsbürger in Uniform. Probleme der sicherheitspolitischen Konsensbildung in der Gesellschaft können nicht den Streitkräften angelastet werden; die Bundeswehr darf kein Prügelknabe für nicht hinreichend verständlich gemachte Sicherheitspolitik werden.

Wer wie die SPD die Landesverteidigung bejaht, hat die Pflicht, auch im Interesse der Angehörigen der Bundeswehr seine Vorstellungen von einer tragfähigen Sicherheitspolitik deutlich zu machen und mit Entschiedenheit zu vertreten.

5.
Sicherheit ist mehr als militärische Sicherheit.

Sozialdemokratische Politik verengt Sicherheit nicht nur auf militärische Sicherheit. Die Erhaltung der ökologischen Lebensvoraussetzungen beispielsweise und die Herausforderung an die Menschheit, knappe Rohstoffe sparsam und gerecht zu bewirtschaften, ist ein grundlegender Bestimmungsfaktor für die Sicherheit der Völker dieser Erde. Die Bundesrepublik muß deshalb weiter am Aufbau eines politischen und wirtschaftlichen Beziehungssystems mitwirken, das die Kluft zwischen Reichen und Armen überwinden hilft und das die Interessen zwischen Rohstoff- und Technologieproduzenten ausgleicht. Spannungsreiche Zonen werden nicht konfliktärmer durch die Anwendung oder Androhung direkter oder indirekter militärischer Aktionen. Alle Industrienationen müssen

an einer Umwidmung von in der Rüstung gebundenen Ressourcen als Ergebnis von Verhandlungen zur Rüstungsverminderung mitwirken. Zugleich müssen die Industrienationen sich zu Absprachen über die Zurückhaltung bei Waffenexporten in die Dritte Welt durchringen.

Die Strukturen und Verfahrensweisen des Ost-West-Konfliktes dürfen nicht in die Beziehungen zwischen Nord und Süd hineingetragen werden. Die Regelung der Verteilung knapper Ressourcen kann nicht konfrontativ, sondern nur kooperativ unter Einbeziehung aller Beteiligten und Betroffenen geschehen. Dabei können Verhandlungspartner bewußt wechselseitige Abhängigkeiten eingehen. Mit der Auflösung der klassischen Entscheidungszentren wächst die Verantwortung der internationalen Organisationen für den Interessenausgleich. Das heutige Verhalten der Partner in den Nord-Süd-Beziehungen muß Voraussetzungen dafür schaffen, daß unter den Bedingungen der Knappheit nicht einseitig genommen, sondern einvernehmlich und solidarisch verteilt wird.

6. Die SPD schlägt die Einrichtung eines Bundesinstitutes für Rüstungskontrolle vor.

Die Zahl der für Fragen der Rüstungskontrolle kompetenten Gesprächspartner in Administration und Wissenschaft, in Parteien und Medien ist in unserem Lande zu klein. Ein Bundesinstitut für Rüstungskontrolle soll nicht nur das politische Gewicht dieses Sektors der Sicherheitspolitik sichtbar und glaubwürdig machen, sondern auch – ohne in die Administration unmittelbar eingebaut zu sein – die notwendige rüstungskontrollpolitische Expertise für die Ressorts der Bundesregierung, das Parlament und die Öffentlichkeit bereitstellen.

Dieses Bundesinstitut soll darüber hinaus eine wesentliche Rolle im Dialog mit der Wissenschaft in den Universitäten, in den Instituten zur Regierungsberatung und zur Friedensforschung – auch im Ausland – übernehmen. Auch im Gespräch mit der Öffentlichkeit, mit engagierten Gruppen und bei der Darstellung der Rüstungskontrollpolitik in den Medien könnte das Institut Aufgaben übernehmen.

In einem Bundesinstitut für Rüstungskontrolle müssen die weltweit verfügbaren Daten, Informationen und Ideen gesammelt, ausgewertet und für die politische Willensbildung aufbereitet werden. Der Öffentlichkeit sind in regelmäßigen Abständen Berichte über den Stand des Rüstungskontrollprozesses, über getroffene Vereinbarungen, über rüstungskontrollpolitische Handlungsspielräume und Perspektiven vorzulegen. Das Institut kann ferner die Nebenwirkung haben, rüstungskontrollpolitisch kompetente Nachwuchskräfte für Administration, Medien und Wissenschaft hervorzubringen.

Ein Bundesinstitut für Rüstungskontrolle müßte organisatorisch dem Bundeskanzleramt zugeordnet werden, da sich seine Aufgabenstellung auf die im Bundessicherheitsrat vertretenen Ressorts bezieht.

Deutsche Friedenspolitik 1981

Klaus von Dohnanyi

Vorbemerkung

Die Diskussion über die Sicherheitspolitik der SPD ist im Laufe der letzten Monate zunehmend auf Fragen der Atomstrategie des Bündnisses verengt worden. Diese Fragen sind zwar von großer Bedeutung, aber sie sind überzeugend nur zu beantworten, wenn sie im Zusammenhang mit unserer Friedens- und Sicherheitspolitik im allgemeinen gesehen werden.

Dieser Zusammenhang ist in der öffentlichen und parteiinternen Diskussion nicht immer klar geworden. Das hat dazu geführt, daß es für manche nicht mehr um die beste Sicherheitspolitik für unser Land zu gehen scheint, sondern nur noch darum, ob man für oder gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluß (Nachrüstung) ist.

Ich habe mit den nachfolgenden Thesen den Versuch gemacht, die sozialdemokratische Konzeption einer „Friedenspolitik 1981" in einem größeren Zusammenhang darzustellen. Dabei kam es mir darauf an, unsere Position möglichst randscharf zu beschreiben. Dies machte die Abgrenzung dann auch dort notwendig, wo andere Bündnispartner abweichende Interessen oder Auffassungen vertreten. Andererseits werden nach meiner Auffassung auf diesem Wege die Argumente derjenigen verständlicher, die als Bestandteil sozialdemokratischer Friedenspolitik den Nachrüstungsbeschluß der NATO verteidigen.

Vielleicht hilft die Darstellung bei der Versachlichung der innerparteilichen Diskussion.

1. Einleitung

1.1. In der deutschen Öffentlichkeit ist seit einigen Jahren ein Gefühl zunehmender Gefahr für den Frieden spürbar. Zugleich wächst die Besorgnis, die bisherige Friedens- und Entspannungspolitik könnte angesichts dieser Gefahren vernachlässigt und von einer Militarisierung der Politik verdrängt werden. So ist es verständlich, daß außen- und sicherheitspolitische Fragen erneut härter und damit auch gegensätzlicher diskutiert werden.

1.2. Friedenssicherung bleibt die zentrale Aufgabe deutscher Politik. Entspannungspolitik hat wegen der wieder zunehmenden Spannungen zwischen Ost und West an Bedeutung gewonnen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war historisch immer Grundpfeiler einer vernunftorientierten Friedenspolitik für Deutschland. Die SPD muß dieser Grundpfeiler bleiben. Sie muß die Fortsetzung der Entspannungspolitik gegen alle Angriffe verteidigen und ihren Weg der Friedenssicherung offener darstellen und begründen.

1.3. Weltpolitische Veränderungen seit 1969 zwingen allerdings 1981 zu einer neuen Konkretisierung der deutschen Friedenspolitik. Es geht dabei nicht um die Richtung, die vorgezeichnet bleibt, sondern um Wege und Methoden.

2. Das Konzept der Entspannungspolitik.

2.1. Die NATO hat 1967 beschlossen, ihre sicherheitspolitische Konzeption, die bis dahin fast ausschließlich auf den militärischen Bereich konzentriert war, durch eine Politik der Ost-West-Zusammenarbeit und konkreter Entspannungsschritte zu ergänzen.

2.2. Ziel dieser Entspannungspolitik war es, die weltweite Konfrontation zwischen Ost und West schrittweise durch die Entschärfung von Spannungsherden und durch Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme abzubauen. Gegenseitiger Gewaltverzicht sollte das entscheidende Instrument sein. Dem Abbau von Mißtrauen sollten Maßnahmen der Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung folgen.

2.3. Der wichtigste Beitrag zu dieser Entspannungspolitik war die sogenannte Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Ihr lag der Gedanke zugrunde, daß die Spannungen in Europa, insbesondere angesichts der Massierung von Waffen auf beiden Seiten, die gefährlichsten Spannungen zwischen Ost und West sind. Teil der Spannung sind die Teilung Deutschlands und Europas. Eine Annäherung der beiden Teile des gespaltenen Europas und des geteilten Deutschlands erschien nur möglich, wenn beide Seiten von der bestehenden Lage ausgehen.

Konfrontation hatte eine zunehmende Abgrenzung hervorgebracht, die Politik des Kalten Krieges und der Versuch, diesen durch eine Politik der Stärke zu überwinden, hatten die Spaltung in Europa vertieft und immer wieder hochexplosive Spannungen erzeugt. Grundgedanke der Ostpolitik war es, die besonderen Spannungen in Europa durch Gewaltverzicht abzubauen und dadurch die Gefahren der Konfrontation zu verringern, sowie den Weg zu Rüstungsbegrenzungsverhandlungen in Europa zu öffnen.

2.4. Die Entspannungspolitik mußte in allen Ländern gegen Skeptiker und Scharfmacher durchgesetzt werden. Und zwar in Ost und West.

In der Bundesrepublik konnte Willy Brandt im Amt des deutschen Außenministers die große Koalition nur unter großen Mühen auf den neuen Kurs der NATO bringen. Es wird heute leicht vergessen – und SPD wie Regierungskoalition lassen dies zu oft geschehen – daß die CDU/CSU seit 1969 jeden konkreten Schritt der Entspannungspolitik mit allen Mitteln bekämpft hat. Was in der NATO die Politik des Bündnisses war, wurde für die CDU/CSU in Bonn zu nationalem Verrat.

Heute erklärt die CDU/CSU zwar, daß sie die geschlossenen Verträge respektiert. Dies jedoch für eine gemeinsame Grundlage der Außenpolitik zu halten, wäre ein Irrtum: Denn es geht nicht um die völkerrechtliche Selbstverständlichkeit der Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen, sondern darum, ob aus dem Geist und den Überzeugungen, die seit 1969 unsere Außenpolitik bestimmen, in Zukunft Politik gemacht werden soll oder nicht. Nicht Konfrontation,sondern Kooperation zwischen Ost und West in Europa muß deutsche Sicherheitspolitik bleiben.

2.5. Schon seit Mitte der 70er Jahre ist die Entspannungspolitik ins Gerede gekommen. Die CDU/CSU hatte alle Entwicklungen in der Welt, die für unser Land und das westliche Bündnis entweder wirklich oder doch nach ihrem Urteil nachteilig waren, angeblicher sozialliberaler Entspannungseuphorie, Naivität, Gutgläubigkeit und Vertrauensseligkeit zugeschrieben. Mit dieser unhistorischen Kritik von rechts stand die Union zwar in der Regel nicht allein (konservative Parteien und Politiker des Westens waren oft Entspannungsgegner) aber nur die CDU/CSU hat diese negative Haltung zur Entspannung bis zur Ablehnung der Schlußakte von Helsinki durchgehalten.

2.6. Allerdings muß sich auch das sozialliberale Bündnis vorwerfen lassen, manche Entwicklung in der Welt, die aus konservativer Sicht das Ergebnis angeblich falscher Entspannungspolitik gewesen sein soll, in der Öffentlichkeit nicht klar genug in das richtige Licht gerückt zu haben. So haben z. B. die weit verbreiteten Irrtümer über die Erfolge sowjetischer Afrika-Strategie sicherlich zur Skepsis gegenüber der Entspannungspolitik beigetragen, wobei wir es selbst versäumt haben, in der Öffentlichkeit auf die wahren Ursachen und Zusammenhänge klar genug hinzuweisen.

Eine Beurteilung der bisherigen Entspannungspolitik ist unerläßlich, wenn der Kurs der Friedenspolitik 1981 bestimmt werden soll.

3. Die Ergebnisse der Entspannungspolitik.

3.1. Wenn heute kritisiert wird, die Ost-West-Konflikte bestünden weltweit trotz Entspannungspolitik fort, so wird der Entspannungspolitik eine ehrgeizige Zielsetzung unterstellt, die ihr vernünftigerweise niemals zugrunde lag.

Die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition und das westlichen Bündnisses in den siebziger Jahren ging stillschweigend davon aus, daß die Interessengegensätze zwischen den USA und der UdSSR (bzw. zwischen NATO und Warschauer Pakt) für die überschaubare Zeit fortbestehen würden. Ziel der Entspannungspolitik war (und ist) es, bestehende Interessengegensätze unter Kontrolle zu bringen, sie zu entschärfen und im einzelnen Konfliktfall politisch zu überwinden. Der Abbau globaler Gegensätze und die Begrenzung bzw. Lösung regionaler Teilkonflikte bedingen sich gegenseitig.

So verstanden war die Entspannungspolitik ein Erfolg. Durch die Entspannungspolitik konnten regionale Spannungen in Europa abgebaut werden; Berlin ist ein Beispiel. Es konnten auch Ansätze für regionale Rüstungsbegrenzung gefunden werden; die Wiener Verhandlungen sind ein Beispiel. Allerdings wurde zu Beginn der 70er Jahre erwartet, daß die Entspannungspolitik im Bereich der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung deutlichere Fortschritte bringen werde. Es konnten Ansätze für vertrauensbildende Maßnahmen gefunden werden; die Schlußakte von Helsinki ist ein Beispiel, dafür daß auch die europäischen Interessen der USA von der Sowjetunion anerkannt wurden.

Es hat auch gewisse Fortschritte in der weltweiten Zusammenarbeit gegeben. SALT und die Vereinbarung, kein Abwehrsystem gegen ballistische Raketensysteme aufzustellen (ABM), gehören hierher.

3.2. Wenn gesagt wird, die Sowjetunion sei der politische Gewinner der Entspannungspolitik, so ist diese Behauptung falsch.

Die Entschärfung von Konfliktpunkten, wie z. B. in Berlin, war im Interesse von Ost und West. Ohne die Entspannungspolitik der 70er Jahre wäre auch der politische Spielraum der Staaten Osteuropas und wohl auch der Freiheitsraum ihrer Bürger heute sicherlich geringer. Dies ist der Grund, warum gerade die Bürger der DDR oder der Volksrepublik Polen im Westen immer wieder auf eine Fortsetzung der Entspannungspolitik drängen.

Die Behauptung, der Westen habe bei der Entspannungspolitik vorgeleistet, ist ebenfalls unrichtig. So konnte z. B. die vertragliche Sicherung Berlins keine zusätzlichen, „dinglichen" Sicherheiten einbeziehen, weil Berlin selbstverständlich geographisch weiterhin von der DDR umgeben bleibt. Der Gewaltverzicht auf der Grundlage bestehender Grenzen in Europa (Schlußakte von Helsinki) ist nicht eine Vorleistung an die Sowjetunion gewesen, sondern eine Feststellung im gegenseitigen Ost-West-Interesse. Die Schlußakte von Helsinki gewährt der Volksrepublik Polen gegenwärtig einen gewissen Schutz vor der Sowjetunion bei der Lösung der polnischen Probleme.

3.3. Die Behauptung, die Sowjetunion habe in erster Linie wegen der Entspannungspolitik die Möglichkeit gehabt, in der Dritten Welt (als Beispiele werden meist genannt Südvietnam, Angola, Mosambik, Südjemen, Äthiopien) ihre Positionen zu verbessern, ist ebenfalls unrichtig.

Zunächst ist festzustellen, daß sehr häufig sowjetische Positionsgewinne das Ergebnis einer falschen westlichen Politik waren. Die kurzsichtige westliche Vietnam-Politik nach 1945 z. B. hat entscheidend dazu beigetragen, daß Vietnam nicht zu einem blockfreien Land geworden ist. Staatsmänner der USA haben diese Entwicklung während der 50er Jahre, große Europäer wie de Gaulle während der 60er Jahre vorausgesehen. Auch Kuba wurde 1960/1960 mitten im Kalten Krieg in erster Linie durch ein unbegründetes amerikanisches Embargo auf die sowjetische Seite gedrängt. Angola und Mosambik waren weitgehend das Resultat einer falschen westlichen Politik, die den Versuch machte, den portugiesischen Kolonialismus zu erhalten; erst dies eröffnete der Sowjetunion den Zugang zur Region. Ähnlich sah sich die äthiopische Regierung durch somalische Gebietsforderungen (Ogaden) bedroht und dann auf sowjetische bzw. kubanische Hilfe angewiesen.

Wenn behauptet wird, die Sowjetunion habe den Kodex internationalen Verhaltens dadurch verletzt, daß sie sich bemühe, ihr freundlich gesonnene Gruppierungen und Staaten in der Dritten Welt zu stützen, so bedarf dies mindestens der Differenzierung.

Die Entspannungspolitik in ihrer richtig verstandenen Zielsetzung konnte niemals von einer Festschreibung der weltweiten Einflußzonen der Großmächte ausgehen. Wo immer es politisch Veränderungen in der Welt gegeben hat, haben vielmehr beide Großmächte den Versuch gemacht, dies jeweils zu ihrem Vorteil zu nutzen. Richtig ist, daß die Sowjetunion soziale Revolutionen und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt immer begünstigt und oft auch unterstützt hat. Und diese wählten oft – welcher andere Weg stand z. B. in Rhodesien oder Nicaragua offen? – den Weg der Gewalt. Aber darf man die Sowjetunion wegen der Beteiligung an solchen Machtwechseln kritisieren, wenn man zum Beispiel die Verwicklung der USA in den Sturz Allendes kritiklos übergeht? Was schließlich Afghanistan betrifft, so spricht alles dafür, daß die Sowjetunion diese schwere Verletzung des Völkerrechts ohne Entspannungspolitik erst recht begangen hätte. Und daß – auch ohne Entspannungspolitik – der Westen nicht anders hätte reagieren können.

Es ist ferner nicht richtig, daß die Sowjetunion der Hauptwaffenlieferant der Dritten Welt gewesen ist. Erst in allerletzter Zeit hat die Sowjetunion hinsichtlich des Exportes von Waffen in die Dritte Welt mit den USA in etwa gleichgezogen.

3.4. Die Behauptung, die Sowjetunion habe während der Entspannungspolitik nur Positionen ausgebaut, ist nachweisbar unrichtig. Zwar war die Sowjetunion imstande, gewisse Positionen zu verbessern (siehe 3.3.). Aber von einseitigen Gewinnen kann schon deswegen nicht gesprochen werden, weil ein sehr wichtiger Faktor der Weltpolitik, nämlich die Volksrepublik China, sich während der 70er Jahre zunehmend dem Westen angenähert hat.

Die Sowjetunion hat auch in anderen Ländern Positionen aufgeben müssen. Beispiele hierfür sind Ägypten und Somalia ebenso wie eine Reihe wichtiger Staaten in Westafrika.

3.5. Die Behauptung, erst die Entspannungspolitik habe der Sowjetunion die Möglichkeit gegeben, einseitig ihre militärische Position zu stärken, ist so ebenfalls nicht begründbar.

Richtig ist vielmehr, daß die Sowjetunion ihre militärische Stärke **unabhängig** von Kaltem Krieg oder Entspannung kontinuierlich ausgebaut hat. Und richtig ist **ebenfalls**, daß die militärische Stärke der Sowjetunion und deren strategische Bedeutung während der 70er Jahre erheblich gewachsen sind.

Seit 1945 hat die Sowjetunion konsequent das Ziel verfolgt, mit den USA als Weltmacht gleichzuziehen, auch im nuklearen Bereich. Wichtige Schritte auf diesem Wege gelangen der Sowjetunion mitten im Kalten Krieg (z. B. Wasserstoffbombe 1953 und die Weltraumrakete Sputnik 1957). Es ist auch unbestritten, daß die ersten Entscheidungen der Sowjetunion für die heute so bedrohlichen SS 20 Mittelstreckenwaffen schon auf die Jahre 1963/64 zurückgehen; wahrscheinlich ausgelöst im wesentlichen durch die, in der Kubakrise 1962 erneut erkennbar gewordene Unterlegenheit der Sowjetunion. Jedenfalls lagen die SS 20 Entscheidungen sicher **vor** dem Beginn der Entspannungspolitik 1967.

Daß die Sowjetunion Ausbau und Modernisierung ihrer Rüstung über ein für uns verständliches Verteidigungsinteresse hinaus auch während der Entspannungspolitik so unbeirrt fortsetzte, hatte wahrscheinlich mehrere Gründe. Das vielzitierte, historisch begründete „Sicherheitsbedürfnis" der Sowjetunion ist sicherlich geschichtlich plausibel und findet daher in der Sowjetunion immer noch ehrliche Resonanz. Diese Erklärung ist jedoch angesichts der gewaltigen sowjetischen militärischen Macht immer weniger überzeugend. Ganz sicherlich wurde das sowjetische Verhalten während der 70er Jahre nicht durch einen aggressiven Rüstungswettlauf von seiten der NATO ausgelöst; es muß unterstellt werden, daß die Führung der Sowjetunion dies auch so sieht.

Neben dem für die Sowjetunion negativen Ausgang der Kuba-Krise spielen vermutlich vier Faktoren die entscheidende Rolle:

- das unveränderte Ziel der bisherigen **Landmacht** Sowjetunion, eine den USA gleichgewichtige **Weltmacht** zu werden. Das Gefühl der Unterlegenheit in allen nicht-militärischen Bereichen führt dabei offenbar die Sowjetunion dazu, besonders auf militärischem Sektor ihre Stärke zu bewahren und auszubauen;
- die sowjetische Verteidigungsdoktrin, die davon ausgeht, militärische Operationen zu ihrer Verteidigung außerhalb sowjetischen Territoriums zu führen, das heißt offensiv;
- die zunehmende Sorge vor der aufkommenden, benachbarten Weltmacht China;
- die Eigendynamik militärpolitischer Planungen, wie wir sie auch im Westen kennen.

3.6. Während die Sowjetunion den Ausbau ihrer Rüstung kontinuierlich fortsetzte, haben einige Staaten des westlichen Bündnisses in ihren Rüstungsanstrengungen nachgelassen, allerdings nicht als Folge der Entspannungspolitik, sondern aus wirtschaftlichen oder anderen innenpolitischen Gründen. Dieses gilt nicht für die Bundesrepublik Deutschland, wo die Bundeswehr ohne Widerspruch zur Friedens- und Entspannungspolitik modernisiert und gestärkt wurde.

Ein besonderer Fall sind die USA, wo einmal unvorstellbare Fehlinvestitionen im Vietnamkrieg erfolgten (ca. 400 Mrd. Dollar) und wo das darauf folgende Nachlassen der Verteidigungsanstrengungen eben nicht auf „blauäugige **Entspannungs**euphorie" zurückging, sondern vielmehr auf den (wohl unvermeidbaren) enttäuschenden Ausgang eines **Krieges.**

3.7. Im Ergebnis ist allerdings festzuhalten, daß während des vergangenen Jahrzehnts die Sowjetunion und der Warschauer Pakt die militärischen Gewichte zu seinen Gunsten verschieben konnte durch

– das Erreichen eines faktischen Patt im interkontinentalen nuklearen Bereich,

– den Aufbau neuer, unverwundbarer und effektiver nuklearer Mittelstreckenwaffen (SS 20),

– den erheblichen Ausbau seiner Marine- und Luftstreitkräfte und

– die Aufrechterhaltung und Modernisierung seiner Überlegenheit im konventionellen Bereich der Landstreitkräfte.

3.8. Am enttäuschendsten waren die Ergebnisse der Entspannungspolitik daher auch auf dem Felde der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Die Sowjetunion hat zwar Interesse und Bereitschaft für Verhandlungen über Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gezeigt. Die wiederholt gemachte Behauptung, die Sowjetunion habe getroffene Vereinbarungen auf diesem Sektor systematisch gebrochen, bleibt unbelegt.

Aber Rüstungskontrolle und Abrüstung verlangen eine seriöse Bereitschaft zu Öffentlichkeit und Überprüfung. Hier steht der Sowjetunion wiederum ihr tief in die russische Geschichte reichendes Mißtrauen gegen jede öffentliche Kontrolle staatlichen Handelns entgegen.

Deswegen ist die Behauptung wohl richtig, daß die Durchsetzung von Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und Rüstungskontrolle heute in erster Linie an der Sowjetunion scheitert. Vielleicht weniger an den Absichten als an den in langer Geschichte entwickelten Verhaltensformen „russischer" Politik. Aber im Ergebnis bleibt dies dasselbe.

3.9. Viel spricht dafür, daß die Sowjetunion an dem Entspannungsprozeß, wie sie ihn versteht, ernsthaft interessiert war und ist. Allerdings: ohne Festschreibung der politischen Strukturen in der Welt und auf der Grundlage globalen Gleichgewichts in allen Feldern zwischen den USA und der Sowjetunion.

Wenn die Entspannungspolitik heute dennoch in einer Krise ist, so liegt dies zwar auch an den überzogenen Erwartungen einer weltweiten Stabilität, die von der Entspannungspolitik fälschlicherweise erwartet wird. Aber es muß der Sowjetunion doch vorgeworfen werden, daß sie durch eigenes Verhalten (übermäßige Rüstung; Verschiebung der Gewichte bei den eurostrategischen Waffen; Invasion in Afghanistan) erheblich zu dieser Gefährdung der Entspannung beigetragen hat. Es gibt Anzeichen, daß wichtige Kräfte in der sowjetischen Führung das sowjetische Verhalten in Rüstungsfragen und in Afghanistan heute auch aus sowjetischer Sicht als einen Fehler ansehen: Aber dies kann eben die Fakten selbst nicht mehr ändern.

3.10. Andererseits hat auch das westliche Bündnis während der vergangenen Jahre immer wieder den Fehler gemacht, historisch unvermeidliche Minderungen westlichen Einflusses in der Welt nicht politisch zu verarbeiten, sondern für nachteilige Veränderungen stets die Sowjetunion zum Sündenbock zu machen. Angola und Mosambik sind Beispiele, ebenso wie Nicaragua und El Salvador.

Auch kann der Westen dem Vorwurf nicht entgehen, häufig mit zweierlei Maß zu messen. Wer zum Beispiel die Unita in Angola mit Waffen versorgt, handelt gewiß nicht besser als derjenige, der Guerillas in El Salvador mit Waffen versorgt. Die Invasion in Afghanistan erfolgte zwar **nach** den Vereinbarungen zu gewaltlosen Lösungen von Konflikten in der Welt zwischen den USA und der Sowjetunion im Jahre 1972, aber, vom Zeitpunkt abgesehen, war auch der USA-Einmarsch 1965 in die Dominikanische Republik eine vergleichbare völkerrechtswidrige Intervention.

Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten reagiert auf gewisse, kritische unvermeidliche Entwicklungen in der Welt häufig irrational und uneinsichtig, z. B. hinsichtlich der zunehmenden Macht der Ölstaaten oder der Schwellenländer der Dritten Welt oder der Einschätzung des Freiheitsbedürfnisses früherer Kolonialvölker und ihrer Befreiungsbewegungen, die fälschlich als Terroristen bezeichnet werden. Auch deutsche Medien haben gelegentlich durch einseitige Darstellung historischer Entwicklungen der Dritten Welt eine rationale Diskussion der Entspannungspolitik nicht erleichtert.

Schließlich wird das weltweite Gleichziehen sowjetischer Militärmacht im Westen oft bereits als solches als Bedrohung empfunden. Insofern kann nicht bestritten werden, daß gewisse Kräfte im Westen – instinktiv, oft ganz ohne eine derartige Absicht – Gleichgewicht immer wieder de facto als die westliche Überlegenheit im Sinne des status quo von 1960 definieren.

3.11. Betrachtet man die Ergebnisse der Entspannungspolitik auf diesem Hintergrund, so ergibt sich folgende Zusammenfassung:

– Die Verschiebungen im militärischen Gleichgewicht zu Gunsten des Warschauer Paktes und zu Lasten der NATO während der 70er Jahre sind real.

– Diese Verschiebungen waren aber nicht das Ergebnis der Entspannungspolitik; auch ein Rüstungswettlauf hätte sie nicht verhindern können, weil die Sowjetunion unabhängig vom Kalten Krieg oder Entspannung das Ziel verfolgt, eine den USA weltweit ebenbürtige Militärmacht zu sein, und sie hierzu imstande ist.

– Es hat insbesondere in der Bundesrepublik keine Vernachlässigung der Verteidigungsanstrengungen während der Entspannungspolitik gegeben. Die USA haben in dieser Zeit katastrophale „Fehlinvestitionen" (aus sicherheitspolitischer Sicht) in Vietnam vorgenommen, die ihnen heute im weltweiten Rüstungsvergleich mit der UdSSR fehlen.

– Weltweit und regional haben Bemühungen um Rüstungskontrolle nur sehr begrenzte Erfolge gebracht. SALT I, SALT II, ABM, MBFR sind unbefriedigende Ansätze geblieben.

– Es hat regionale Erfolge der Entspannung gegeben, insbesondere in Europa. Berlin und die Schlußakte von Helsinki mit ihren – wenn auch begrenzten – Folgen sind Belege.

– Positionskämpfe von West und Ost in der Dritten Welt sind bedauerlich, aber sie waren bisher mit Entspannungspolitik vereinbar (Beispiel: Vietnamkrieg und Berlinabkommen). Es hat keinen Status quo der Interessen und Bindungen der Supermächte in der Dritten Welt gegeben. In der Dritten Welt gleichen sich bisher Positionsgewinne und -verluste der Sowjetunion seit 1967 mindestens aus. Die Sowjetunion war nicht der politische Gewinner der Entspannungspolitik.

4. Die Veränderungen in der Weltpolitik seit 1969.

Die Entwicklungen der 70er Jahre können nicht ohne Auswirkungen auf die Fortführung der Friedenspolitik bleiben. Die wichtigsten Veränderungen sind:

4.1. Bis etwa zur Mitte der siebziger Jahre wurde, insbesondere im europäischen Raum, die Überlegenheit des Warschauer Paktes zu Lande und in der Luft durch die Überlegenheit der NATO im taktisch nuklearen, im nuklear-strategischen und im Marinebereich ausgeglichen. Dieses „Gleichgewicht der Ungleichgewichte" war das Rückgrat westlicher Sicherheitspolitik.

Seitdem hat der Warschauer Pakt – unter Bewahrung, zum Teil auch Ausbau seiner bisherigen Teilüberlegenheiten – im interkontinentalen strategischen Nuklearbereich und als Seemacht weitgehend mit den USA gleichgezogen. Insbesondere im nuklear-strategischen Bereich war diese Entwicklung nicht nur unvermeidlich, sondern auch ausdrückliches Ziel einer globalen Gleichgewichtspolitik. Sie wurde in SALT II festgeschrieben. Bei den nuklearen, hauptsächlich auf Europa bezogenen Mittelstreckenrakteten (SS 4, SS 5) hat sich die Sowjetunion zusätzlich (SS 20) eine erhebliche Überlegenheit geschaffen.

Die für die Friedenspolitik wichtigste weltpolitische Veränderung der letzten Jahre ist daher die Veränderung der strategischen Lage, die allerdings **nicht** in erster Linie aus einer neugewonnenen sowjetischen Rüstungs**überlegenheit** resultiert, **sondern** vielmehr aus der Erreichung eines weltweiten strategischen de facto **nuklearen Gleichgewichtes.**

4.2. Die Folge der weitgehenden Aufhebung des bisherigen „Gleichgewichts der Ungleichgewichte" ist nicht eine unmittelbare militärische Bedrohung Westeuropas oder anderer Regionen durch die Sowjetunion. Trotz der Invasion in Afghanistan gibt es für derartige sowjetische Absichten keine Anhaltspunkte.

Die Folgen sind dennoch schwerwiegend:

– weil durch das Patt im strategischen Nuklearbereich die historische Überlegenheit der Sowjetunion als Landmacht (der Westen wird von einer insularen Seemacht geführt) in ihrem potentiellen Einflußbereich eine neue, verstärkte Bedeutung erlangt hat. Dies gilt auch gegenüber Westeuropa;

– weil diese so wieder „aktuell" gewordene Überlegenheit der Sowjetunion als Landmacht für den Westen insofern ein besonderes Problem darstellt, als sich angesichts der lebenswichtigen wirtschaftlichen Abhängigkeit des Westens von benachbarten Regionen der Sowjetunion (z. B. am Persischen Golf, im Nahen Osten) die Bedeutung der sowjetischen Landmacht dort zwangsläufig auch politisch auswirkt;

– weil der erhebliche quantitative und qualitative Ausbau der sowjetischen See- und Luftstreitkräfte diese Probleme verstärkt, da die westlichen Verbindungslinien zu diesen Interessengebieten nicht mehr voll beherrschbar sind.

4.3. Es ist eine entscheidende Voraussetzung für eine rationale Sicherheitspolitik des westlichen Bündnisses zu erkennen, daß das nukleare Patt die weltgehend autarke Landmacht Sowjetunion auf dem asiatischen Kontinent und in Europa strategisch begünstigt.

Diese strategische Verschiebung muß der Westen berücksichtigen, und zwar weitgehend unabhängig von der Beurteilung sowjetischer Absichten. Denn sicherheitspolitisch muß angesichts fortdauernder Ost-West-Interessengegensätze in erster Linie mit dem militärischen Potential der Sowjetunion gerechnet werden. Genau dies tut übrigens die Sowjetunion, wenn sie – trotz des unbestreitbaren Defensivcharakters der NATO – ihrerseits erheblich gerüstet hat.

4.4. Die Sowjetunion selbst hat darüber hinaus verschuldet, daß ihre Entspannungsabsichten in Zweifel geraten sind.

Die Sowjetunion hatte nach dem 2. Weltkrieg – geschichtlich verständlich, aber demokratisch und moralisch unvertretbar, ihre Sicherheitszone nach Westen bis an die Elbe vorgetrieben und diesen Bereich mit rigorosen Mitteln unter ihrer Herrschaft gehalten. Innerhalb dieser Sicherheitszone gab es wiederholt direkte militärische Interventionen der Sowjetunion (DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968) zur Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaft.

Mit der Invasion in Afghanistan im Winter 1979/1980 hat die Sowjetunion zum ersten Mal nach 1945 ihren Machtbereich mit Hilfe sowjetischer Truppen erweitert. Da diese Invasion in der Nähe des für die Ölversorgung des Westens entscheidenden Persischen Golfes stattfand, gewann sie angesichts des veränderten strategischen Gleichgewichts eine zusätzliche Bedeutung.

Grund für die Invasion war nach (überwiegender) westlicher Erkenntnis nicht das Ziel einer Ausweitung des **militärisch** beherrschten sowjetischen Einflußgebietes (also nicht ein erster Schritt in Richtung des Persischen Golfes), sondern vielmehr die Sorge Moskaus, ein bisheriges **politisches** Einflußgebiet in einer Region zu verlieren, in der wiederum die Erweiterung chinesischer Macht von Moskau befürchtet wird. Diese „defensive" Erklärung der Afghanistan-Invasion entschuldigt weder den völkerrechtswidrigen Unterwerfungskrieg, noch mildert sie die strategisch-politischen Gefahren der Invasion für den Westen. Noch wichtiger: Auch wenn die Sowjetunion aus ihrer Sicht defensiv gehandelt haben mag, ändert dies nicht die strategischen Folgen, d. h. die Tatsache, daß die Landmacht Sowjetunion de facto näher an den Persischen Golf gerückt ist.

4.5. **Zu Beginn der 80er Jahre haben sich also nicht wegen, sondern trotz der bisherigen Entspannungspolitik die Risiken für die Bundesrepublik Deutschland wieder vermehrt:**

– weil der unvermeidbare Verlust strategischer westlicher Nuklear-Überlegenheit zu einem erheblichen Machtzuwachs der Landmacht Sowjetunion in Europa und Asien geführt hat;

– weil wirtschaftliche, soziale und politische Probleme in der Dritten Welt und damit die Konflikte zunehmen werden; und weil die Großmächte in der Dritten Welt fortfahren, Positionskämpfe zu führen;

– weil die zunehmende weltweite Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit (z. B. Öl) das Risiko vermehrt hat, daß Konflikte anderer Teile der Welt auf das Bündnis und damit erneut auf Europa übergreifen;

– weil das gegenseitige Mißtrauen der Großmächte und ihre gegenseitige Unfähigkeit, die Interessenlage

des jeweils anderen Partners zu verstehen, gegenwärtig fast unausweichlich in eine neue Rüstungsspirale zu treiben droht;

– weil unvermeidliche Minderungen wirtschaftlicher und politischer Positionen des Westens gegenüber aufstrebenden Staaten im Westen selbst innenpolitisch immer schwerer zu erklären sind.

Aus diesen Risiken der 80er Jahre sind die Schlußfolgerungen für eine deutsche Friedenspolitik 1981 zu ziehen:

5. Schlußfolgerungen für die deutsche Friedenspolitik 1981.

5.1. Das Bündnis umfaßt Staaten mit sehr unterschiedlicher Sicherheitslage. Westeuropa ist strategisch gefährdeter als die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Bundesrepublik Deutschland, kontinental und an den Warschauer Pakt grenzend, trägt von allen NATO-Staaten wiederum die größten Risiken. Dies gilt in besonderem Umfang für Westberlin.

5.2. Die Bundesrepublik Deutschland kann ihre Sicherheit nur im Bündnis wahren. Wenn es zu Beginn der 50er Jahre zur NATO Alternativen gegeben haben sollte: Angesichts der Festigung der Blöcke und der militärischen Stärke des Warschauer Paktes ist die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nur im Rahmen des NATO-Bündnisses erreichbar.

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt verstärkt, was der französische Staatspräsident Mitterrand kürzlich zum Bündnis aus französischer Sicht sagte: „Wenn man sich von dieser Allianz trennt, findet man sich entwaffnet in einer feindlichen Welt. Deshalb bleibe ich bei dieser Allianz."

5.3. Da die Bundesrepublik Deutschland in besonderer Weise auf die Solidarität des Bündnisses angewiesen ist, muß sie auch selbst maßgeblich zur Handlungsfähigkeit und Solidarität des Bündnisses beitragen. Dies schließt allerdings nicht aus, daß wir die besonderen Interessen der Bundesrepublik Deutschland mit Nachdruck im Bündnis vertreten.

Eine klare öffentliche Formulierung der eigenen Positionen ist hierzu erforderlich. Klarheit in der eigenen Position ist möglich ohne Kritik an der Position anderer Bündnispartner. Allzugroße Zurückhaltung bei der Formulierung der eigenen, deutschen Position führt zu Mißverständnissen in der Öffentlichkeit und politischen Frustration in den Parteien.

Meinungsverschiedenheiten im Bündnis sind im übrigen unvermeidlich, sollten allerdings so ausgetragen werden, daß sie die Handlungsfähigkeit des Bündnisses nicht beeinträchtigen.

5.4. Angesichts der unterschiedlichen Sicherheitslage Westeuropas und der Vereinigten Staaten ist es besonders wichtig, daß die übereinstimmenden europäischen Sicherheitsinteressen im Bündnis mit einer Stimme vertreten werden, weil nur so das deutsche und das europäische Interesse wirksam eingebracht werden können. In dieser Beziehung hat es während der letzten Zeit erhebliche Fortschritte gegeben. Die Bundesrepublik Deutschland hat an der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, am Ausbau der politischen Zusammenarbeit in der Gemeinschaft und an der Einbeziehung von Sicherheitsfragen ein besonderes Interesse. Politik für die Europäische Gemeinschaft ist insofern auch deutsche Sicherheitspolitik.

5.5. Angesichts des hohen Rüstungsniveaus von Warschauer Pakt und NATO liegen die wichtigsten Beiträge zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und Europas nicht in zusätzlicher Rüstung (obwohl dies unvermeidlich sein kann), sondern in der Beseitigung der Spannungsursachen, in der regionalen Begrenzung von Konflikten und im Vorantreiben von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Die Veränderung der strategischen Lage durch die Erreichung eines de facto interkontinentalen nuklearen Gleichgewichts gibt den politischen Elementen der Friedenssicherung in Europa eine noch größere Bedeutung als zuvor. **Gerade die zunehmenden militärischen Risiken fordern ein verstärktes Gewicht für die nicht-militärische, politisch orientierte Entspannungspolitik.**

5.6. Für die Vermeidung bzw. für den Abbau von internationalen Spannungen muß berücksichtigt werden, daß die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zwar zum heutigen Wohlstand erheblich beiträgt, aber eben wegen überregionaler Abhängigkeiten (Beispiel Ölversorgung) zugleich das Risiko von internationalen Verwicklungen erhöht. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland muß deswegen darin bestehen, bei der Versorgung von Grundbedürfnissen weltweite, überregionale Abhängigkeiten möglichst gering zu halten.

Insofern sind eine konsequente Reduzierung des Ölverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland durch Energieeinsparung und Alternativenergien, die Vorsorge für Substitution unvermeidlichen Ölbedarfs im Krisenfalle sowie Ölbevorratung, wesentliche Beiträge zur äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Auch im Bereich der Nahrungsmittelversorgung muß es Politik der Bundesrepublik Deutschland sein, Europa bei wichtigen Grundnahrungsmitteln möglichst unabhängig von Importen zu machen. Nahrungsmittel dürfen keine zweite Ölwaffe werden.

5.7. Die Verflechtung wirtschaftlicher Interessen kann eine den Frieden stabilisierende Wirkung haben, solange keine schwerwiegenden einseitigen Abhängigkeiten entstehen. Deswegen ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Sowjetunion ein bedeutsamer Faktor in der Herbeiführung einer Interessenlage in Europa, die auch für die Sowjetunion die Erhaltung des Friedens – ganz abgesehen von den militärischen Risiken – vorteilhaft erscheinen läßt. Aus deutscher Sicht ist es deswegen falsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als eine Art Begünstigung der Sowjetunion zu interpretieren, die bei Konflikten in anderen Regionen als Sanktion wieder entzogen werden kann. Wirtschaftsembargos haben sich im übrigen bisher – ein trauriges Beispiel ist das amerikanische Getreideembargo von 1980 – auch nicht als wirksam erwiesen.

5.8. Für die Sicherung des Weltfriedens ist es entscheidend, daß Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit aller Völker bewahrt bzw. durchgesetzt werden.

Es ist kein Zufall, daß den Weltfrieden bedrohende

Konflikte gerade dort ihre Ursachen haben, wo diese Selbstbestimmung der Völker und die Respektierung staatlicher Sicherheit nicht unbestritten sind – wie im Nahen Osten. Die Bundesrepublik Deutschland muß daher weiterhin für die Sicherheit des Staates Israel ebenso wie für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eintreten. Ebenfalls muß die Bundesrepublik Deutschland dazu beitragen, daß gegenüber der Republik Südafrika die Selbständigkeit Namibias durchgesetzt wird. Eine Unterstützung von Gruppen, die in Angola Bürgerkrieg führen (Unita), kommt für die Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage. Diese Position muß im Bündnis, auch gegenüber möglichen Fehleinschätzungen der USA durchgesetzt werden.

5.9. Internationale Konflikte können auch durch schroffe Gegensätze von Arm und Reich entstehen. Die mögliche Bereitschaft armer Staaten der Dritten Welt, hohe Sicherheitsrisiken einzugehen, weil sie bei der Austragung von Konflikten wenig zu verlieren haben, macht – neben humanitären Gesichtspunkten – eine konsequente Entwicklungspolitik auch zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland muß auch in Zukunft überproportional steigende Leistungen für Entwicklungshilfe erbringen.

Allerdings sind Unterschiede von Arm und Reich nicht der Hauptgrund für gewaltsame Konflikte. Es darf nicht vergessen werden, daß die beiden großen Weltkriege von Staaten ausgelöst wurden, zwischen denen die Einkommensunterschiede nicht erheblich waren.

5.10. Nach 1945 sind 91 neue Staaten in der Dritten Welt entstanden, die zum Teil ihre nationale Identität auch gegenüber ihren Nachbarn erst finden. Angesichts der fortbestehenden Ost-West-Spannung muß es Politik der Bundesrepublik Deutschland sein, den Ost-West-Konflikt soweit wie möglich aus Konflikten der Dritten Welt herauszuhalten.

Allerdings muß die deutsche Politik mit der Realität rechnen, daß beide Großmächte immer wieder der Versuchung erliegen, Blockfreiheit einseitig zu interpretieren. Die Respektierung von Blockfreiheit bedeutet für uns, daß die Bundesrepublik Deutschland auch mit solchen Staaten zusammenarbeitet, die ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bevorzugen. Aus diesem Grunde muß die Bundesrepublik Deutschland z. B. Nicaragua weiter unterstützen. Dies ist nicht immer die Politik aller Bündnispartner. Die gegenwärtige amerikanische Politik gegenüber Nicaragua läuft Gefahr, dieses Land in Abhängigkeiten von Kuba bzw. der Sowjetunion zu treiben und damit die 1959/1960 gegenüber Kuba gemachten Fehler zu wiederholen. Diese Gesichtspunkte muß die Bundesrepublik Deutschland auch im Bündnis vertreten.

5.11. Angesichts der zu erwartenden Konflikte in zahlreichen Regionen der Welt muß die Politik der Bundesrepublik Deutschland darauf gerichtet sein, Spannungen regional und lokal zu begrenzen. Die These von der Unteilbarkeit der Entspannung kann für die deutsche Politik nur insofern gelten, als für global wirksame Entspannungsmaßnahmen (z. B. SALT-Prozeß) entsprechende globale Konsequenzen zu ziehen sind.

Im übrigen muß Entspannung teilbar sein, müssen Spannungen teilbar gemacht werden.

Maßnahmen, die in einer Region zur Eindämmung oder Beseitigung von Spannungsherden führen können, dürfen nicht deswegen in Frage gestellt werden, weil in einer anderen Region Konflikte fortbestehen oder aufbrechen. Oder anders ausgedrückt: Eine Politik der sogenannten „linkages", die Entspannungs- und Abrüstungsschritte in Europa, soweit sie als solche für den Westen vorteilhaft sind, z. B. an vermutetes sowjetisches Verhalten in Zentralamerika koppeln, wäre ein politischer Fehler.

5.12. Entspannung setzt Kompromisse voraus. Hierzu ist es erforderlich, daß nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch die Interessen des Verhandlungspartners gesehen werden.

Sicherheit im Gleichgewicht heißt auch, die Sicherheit des anderen zu sehen. Dabei müssen sich beide Seiten immer darüber im klaren sein, daß immer die Versuchung besteht, erst die eigene Überlegenheit als Gleichgewicht anzuerkennen. Ebenso müssen sich beide Seiten stets der Gefahren bewußt sein, die durch Zahlenmanipulationen, insbesonders aus militärischen Kreisen und aus der Rüstungsindustrie, für Entspannung und Gleichgewicht entstehen können.

Die Fähigkeit, sich auf Sicherheitsüberlegungen des „Gegners" einzustellen, wird nicht gefördert durch Begriffe wie „Politik der Stärke" oder „Überlegenheit". Solchen Äußerungen, auch wenn sie aus Mitgliedstaaten der NATO kommen, muß politisch klar widersprochen werden.

5.13. Weder Entspannungspolitik noch Entwicklungshilfe machen Verteidigungsbereitschaft entbehrlich. Die mit dem hohen Rüstungsniveau in Ost und West verbundenen Sicherheitsrisiken müssen sicherlich zunächst durch Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung soweit wie möglich eingedämmt werden. Jede Politik des „Frieden schaffen ohne Waffen" kann nur bedeuten, daß die Hauptgewichte der Friedenspolitik im Bereich der internationalen Entspannungspolitik und der Rüstungskontrolle liegen. Die einseitige Aufgabe der Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit dagegen sichert den Frieden nicht.

5.14. Verhandlungen über Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung führen, wenn sie gleichgewichtig und die Ergebnisse seriös (d. h. verifizierbar) sind, zu erhöhter Sicherheit. Für die deutsche Politik sind derartige Verhandlungen kein Entgegenkommen an den Verhandlungspartner, sondern Schritte im eigenen Interesse. Deswegen dürfen seriöse Verhandlungen zur Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung oder Abrüstung nicht an das Verhalten der Sowjetunion oder des Warschauer Paktes in anderen Bereichen geknüpft werden, solange durch dieses Verhalten nicht die Seriosität und Verifizierbarkeit der Kontrollverhandlungen selbst in Frage gestellt werden.

Aus der Sicht der Weltmacht USA kann gelegentlich ein anderes Interesse für solche Verknüpfungen (linkages) sprechen. Hier müssen dann im Bündnis die Gesamtinteressen und nicht etwa Einzelinteressen überwiegen.

5.15. Angesichts der Überlegenheit der Landmacht Sowjetunion gegenüber Westeuropa sind auch vertrauensbildende Maßnahmen, die einen Angriff aus dem Stand auf Westeuropa verhindern würden, von großer Bedeutung für die Sicherheit der Bundesrepublik

Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland muß daher alle Entwicklungen in Richtung auf die Konferenz für Abrüstung in Europa (KAE, französischer Vorschlag) unterstützen.

Entsprechend der Schlußakte von Helsinki ist jetzt auch die Sowjetunion der Auffassung, daß die vertrauensbildenden Maßnahmen ganz Europa, d. h. die Sowjetunion bis an den Ural, einbeziehen sollten. Es muß Politik der Bundesrepublik Deutschland sein, derartige, tief in den sowjetischen Raum hineinreichende vertrauensbildende Maßnahmen zu ermöglichen. Die Bundesrepublik Deutschland muß sich daher dafür einsetzen, daß derartige vertrauensbildende Maßnahmen in ganz Europa möglich werden; diese Entwicklung darf nicht durch Sonderinteressen einzelner Bündnispartner gehindert werden.

5.16. Die Zunahme sowjetischer Rüstung, das annähernde interkontinentale nukleare Patt und die damit verbundene strategische Verschiebung der Gleichgewichte durch die neue Bedeutung der sowjetischen Landmacht, fordern eine konsequente Sicherung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit in Europa.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet hierzu durch eine kampfstarke Bundeswehr ihren Beitrag. Es muß deutsche Politik sein, sicherzustellen, daß auch andere europäische NATO-Partner einen ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten angemessenen Beitrag zur konventionellen Verteidigungskraft der NATO in Europa leisten. Dabei muß die Verteidigungsleistung im Vordergrund stehen, deren Bewertung nicht in erster Linie über Anteile am Bruttosozialprodukt oder Zuwachsraten der Verteidigungsausgaben erfolgen kann.

Es muß deutsche Politik sein, durch ein möglichst hohes Maß an Waffenstandardisierung für einen möglichst effektiven Einsatz von Verteidigungsmitteln Sorge zu tragen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte daher die Zusammenarbeit der europäischen Rüstungsproduktion fördern.

5.17. Der Primat der Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung findet in einer restriktiven Waffenexportpolitik seine logische Ergänzung.

Die Bundesrepublik Deutschland, Europa und das Bündnis müssen in der Lage sein, die Waffen herzustellen, die zu ihrer Verteidigung erforderlich sind. Diese Waffenproduktion muß möglichst effektiv organisiert werden, damit nicht unnötig finanzielle Mittel den noch immer unerfüllten sozialen und anderen politischen Aufgaben vorenthalten werden müssen.

Waffenproduktion darf jedoch nicht Beschäftigungspolitik sein. Waffen dürfen außerhalb der NATO nicht in Spannungsgebiete geliefert werden. Der Waffenimport von Ländern der Dritten Welt darf nicht begünstigt werden. Die Bundesrepublik Deutschland muß alle internationalen Schritte unterstützen, die auf eine Kontrolle des Waffenexports und Waffenhandels zielen.

5.18. Eine Sicherheitspolitik der NATO für Europa, die auf Konfliktbegrenzung, Entspannung, Rüstungsbegrenzung, vertrauensbildende Maßnahmen und konventionelle Verteidigungskraft ausgerichtet ist, macht dennoch angesichts der geostrategischen Lage gerade für Europa die nukleare Abschreckung unentbehrlich. Während die USA das Territorium Westeuropas nämlich notfalls als Vorfeld eines konventionellen Krieges mit der Sowjetunion betrachten könnten, wäre diese Betrachtungsweise für die Staaten Westeuropas lebensgefährlich, für die Bundesrepublik Deutschland tödlich.

Abschreckung muß glaubhaft sein. Bei den strategischen interkontinentalen Nuklearwaffen besteht gegenwärtig de facto Gleichgewicht, trotz einer zahlenmäßigen Überlegenheit der USA bei den Sprengköpfen und der UdSSR bei den Trägern. Bei den eurostrategischen Waffen dagegen besteht ein erhebliches sowjetisches Übergewicht.

5.19. Die geostrategischen Folgen des faktischen nuklearstrategischen Patts muß das westliche Bündnis politisch bewältigen. Jeder Versuch der USA bzw. der NATO, die frühere interkontinentale strategische nukleare Überlegenheit zurückzugewinnen, um auf diese Weise den Landmacht-Vorteil der Sowjetunion (insbesondere auf dem europäischen Kontinent) wieder auszugleichen (also die Wiederherstellung des „Gleichgewichts der Ungleichgewichte"), ist angesichts des technisch-wirtschaftlichen Standes der Sowjetunion aussichtslos und kann nur zu einem gefährlichen Rüstungswettlauf führen.

Angesichts der geostrategischen Folgen des nuklearen Gleichgewichts muß es daher die politische Konsequenz für das Bündnis sein, vorrangig die politischen Elemente der Sicherheitspolitik zu stärken, Spannungen in Europa durch Ost-West-Zusammenarbeit abzubauen, die Übertragung von Spannungen aus anderen Regionen der Welt nach Europa (sachfremde „linkages") zu vermeiden, und durch Stärkung der Blockfreiheit in der Dritten Welt nachteiligen Machtverschiebungen entgegenzuwirken.

5.20. Deutsche Politik muß daher die Einhaltung der unratifizierten SALT II-Vereinbarungen fördern und bei allen Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR politisch auf die Berücksichtigung der Mittelstreckenwaffen im Rahmen eines weltweiten Gleichgewichts drängen.

Deutsche Politik muß einerseits für weltweites nuklearstrategisches Gleichgewicht eintreten und andererseits einen SALT-Prozeß fördern, der die nukleare Rüstung auf möglichst niedrigem Niveau stabilisiert.

5.21. Die seit 1976 aufgebaute sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der eurostrategischen Mittelstreckenwaffen (SS 20, Backfire) wirft allerdings ein gesondertes Problem auf. Hier besaß die Sowjetunion zwar schon seit den 60er Jahren eine historische Überlegenheit. Aber seit 1975 hat sie auf diesem Sockel noch zusätzlich ein hochmodernes Nuklear-Potential aufgestockt, das stetig wächst und durch Verteidigungs- oder Gleichgewichtsbedürfnisse nicht zu rechtfertigen ist.

Auf östlicher Seite gibt es derzeit etwa:

- 550 Mittelstreckenbomber Badger und Blinder, Kampfradius 2800 bzw. 3100 Kilometer;
- 380 Mittelstreckenraketen SS-4 und SS-5, Reichweiten 1900 bzw. 4100 Kilometer.

Seit 1975 bzw. 1976 sind zwei moderne Systeme hinzugekommen:

mehr als

- 100 Schwenkflügelbomber Backfire, Kampfradius 4200 Kilometer,

mehr als

- 220 Mittelstreckenraketen SS-20, Reichweite 4500–5000 Kilometer.

Gewichtiger noch als die zusätzliche Zahl ist die verbesserte Qualität dieser neuen Waffensysteme. Die SS-20 ist eine grundlegende Neuerung: Sie ist beweglich und daher, im Gegensatz zu den älteren SS-4 und SS-5, kaum verwundbar. Ihre Zielgenauigkeit ist dreimal so hoch wie die der SS-5 und sechsmal so hoch wie die der SS-4. Anders als die beiden älteren Raketentypen, ist die SS-20 nicht nur mit einem, sondern mit drei Sprengköpfen ausgerüstet, die unabhängig voneinander ins Ziel gesteuert werden.

Weiterhin wird das sowjetische TNF-Potential durch rund 20 U-Boot-Raketen auf Unterseebooten, die in der Ostsee stationiert sind, und über 200 schwere Kampfbomber von Typ Fencer (Kampfradius 1600 Kilometer) verstärkt.

Insgesamt stehen auf der östlichen Seite 1410 weitreichende TNF-Systeme. Außerdem rüstet die Sowjetunion auf diesem Gebiet offenbar unaufhörlich weiter: mit rund 50 SS-20 und rund 30 Backfire pro Jahr.

Das heutige Arsenal der NATO umfaßt demgegenüber 264 Systeme:

- 64 britische Polaris-U-Boot-Raketen, Reichweite 4600 Kilometer,
- 50 britische Vulcan-Mittelstreckenbomber, Kampfradius über 2000 Kilometer,
- 150 amerikanische F-111-Schwenkflügelbomber, Kampfradius 1800 Kilometer.

Das französische Nuklearpotential ist ein zusätzlicher Abschreckungsfaktor. Es unterliegt allerdings nicht der NATO-Planung. Frankreich verfügt über 138 Systeme, nämlich

- 80 U-Boot-Raketen
- 18 landgestützte Mittelstreckenraketen
- 40 Mittelstreckenbomber Mirage IV.

Zusammenfassend wird klar, daß der Warschauer Pakt mindestens eine 3:1-Überlegenheit bei nuklearen Mittelstreckenraketensystemen besitzt – eine Überlegenheit, die ständig wächst. Raketen haben bessere Chancen ihre Ziele zu erreichen als Flugzeuge, und auch der Präzision und Unverwundbarkeit der sowjetischen SS-20 hat der Westen zur Zeit nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

5.22. Angesichts dieser Entwicklung hat sich die NATO im Dezember 1979 entschlossen, auch den Mittelstreckenbereich in die Gleichgewichtsüberlegungen einzubeziehen.

Mit der Entscheidung vom 12. Dezember 1979 hat die NATO die Stationierung von insgesamt 572 amerikanischen Mittelstreckensystemen in Westeuropa nämlich

- 108 Mittelstreckenraketen Pershing II, Reichweite rund 1800 km
- 464 Marschflugkörper (cruise missiles), Reichweite rund 2500 km

für den Fall beschlossen, daß es nicht gelingt, auf dem Wege von Rüstungskontrollverhandlungen konkrete Ergebnisse in Form beiderseitiger Begrenzungen zu erzielen, die den Grundsatz der Gleichheit verwirklichen.

Es ist erkennbar, daß weder in Zahl noch in Reichweite die NATO-Planungen mit der Entwicklung auf sowjetischer Seite gleichziehen. Die NATO ist auch bereit, den Umfang ihres Nachrüstungsprogramms den Verhandlungsergebnissen entsprechend nach unten anzupassen, das heißt, sie gibt der Abrüstung auf diesem Felde eindeutig den Vorrang. Nach dem sogenannten Doppelbeschluß wäre es wünschenswert (wenn auch angesichts der bisherigen sowjetischen Haltung leider unwahrscheinlich), daß überhaupt keine neuen Mittelstreckenwaffen in Europa stationiert werden müßten (sogenannte Null-Lösung), wenn die Sowjetunion nämlich auf diesem Sektor entsprechend abrüstet.

5.23. Angesichts der eindeutigen Überlegenheit der Sowjetunion im konventionellen Bereich und bei nuklearen Mittelstreckenwaffen hat es die Sowjetunion in der Hand, ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau herzustellen. Die NATO hat einen Beschluß gefaßt, der insofern in erster Linie ein Abrüstungsbeschluß ist, als die NATO erst 1983/84 Waffen einzuführen beabsichtigt und damit 1979 einen Zeitraum von etwa 4 Jahren für Abrüstungsverhandlungen ermöglichte. Insofern gab es de facto auf westlicher Seite ein Moratorium, dennoch hat die Sowjetunion ihrerseits die Aufstellung von SS-20 ohne Verzögerung fortgesetzt.

5.24. Die Frage, ob die Antwort der NATO auf die sowjetische SS-20-Rüstung richtig war, wird mit Recht gestellt.

- Kann angesichts des bereits zur mehrfachen Zerstörung und Selbstzerstörung ausreichenden nuklearen Potentials weitere nukleare Rüstung überhaupt mehr Sicherheit für Deutschland bringen?
- Werden die qualitativen Veränderungen auf westlicher Seite, insbesondere die größere Reichweite und verbesserte Treffsicherheit, möglicherweise von der Sowjetunion als eine zusätzliche Bedrohung verstanden und erhöhen damit das Risiko eines sowjetischen Erstschlages?
- Kann durch die Installation von amerikanischen eurostrategischen Waffen, die die Sowjetunion erreichen können, die Gefahr eines auf Europa begrenzten, die beiden Weltmächte weitgehend schonenden Atomkrieges ermöglicht werden?
- Wird auf diese Weise der Atomkrieg aus einer unkalkulierbaren und daher unwahrscheinlichen Katastrophe zu einem kalkulierbaren und daher wahrscheinlichen Ereignis?

5.25. Es ist nicht möglich, auf alle diese Fragen hier umfassende Antworten zu geben. Hierzu hat die Bundesregierung eine umfassende Dokumentation vorgelegt.

Im Kern lauten die Antworten:

- Solange angesichts fortdauernder Spannungen und der geostrategischen Lage Westeuropas die Abschreckung ein Bestandteil der europäischen Sicherheitspolitik ist, muß sie glaubhaft sein. Bei zunehmender Überlegenheit der Sowjetunion in einem Teilsektor (eurostrategische Waffen) kann diese Glaubwürdigkeit verloren gehen. Wir wollen weniger Waffen, auch weniger nukleare Waffen in Europa. Aber die Sowjetunion muß hierzu ihren Beitrag leisten.
- Die Gefahr eines sowjetischen Erstschlages gegen nukleare Waffen, die in Europa und in der Bundesrepublik stationiert sind, besteht leider schon heute. Diese Gefahr kann nur dadurch beseitigt werden, daß einmal durch Entspannung, Rüstungskontrolle

und vertrauensbildende Maßnahmen die nukleare Abschreckung eines Tages überflüssig wird. Hierzu muß wiederum die Sowjetunion (insbesondere wegen ihrer geostrategischen und konventionellen Überlegenheit in Europa) entscheidend beitragen. Zum anderen wären Alternativen, wie z. B. Stationierung der amerikanischen Nuklearwaffen auf See, auch von entsprechenden sowjetischen Zugeständnissen abhängig; diese Zugeständnisse sind aber nur durch Verhandlungen zu erreichen.

- Die Gefahr eines auf Europa begrenzten „führbaren" Atomkrieges wird durch die Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen in Europa nicht erhöht. Mit den neuen Waffen soll ja gerade der Gefahr begegnet werden, daß die Sowjetunion – durch ihre Überlegenheit bei eurostrategischen Waffen in Versuchung geführt – mit begrenzten Drohungen auf Westeuropa, Westeuropa von den USA abkoppelt. Im Falle derartiger Drohungen sollte die Sowjetunion die europäischen Risiken für sie selbst erkennen, was (im Sinne der Abschreckung) zu einer Verhinderung eines regional begrenzten Atomkrieges beitragen würde.

Die Zustimmung der Bundesregierung zum NATO-Beschluß 1979 erfolgte nach sehr sorgfältigen Überlegungen. Und es darf nicht übersehen werden, daß alle sozialdemokratisch geführten Regierungen in der NATO (ebenso wie übrigens auch Präsident Mitterrand) dem Beschluß zugestimmt haben.

Am wichtigsten waren wohl folgende Überlegungen:

- Die Sicherung des Friedens setzt Entspannung und Abrüstung voraus.
- Entspannung setzt voraus, daß keine Seite sich durch die andere einseitig bedroht fühlen muß, und Abrüstung setzt Gleichgewicht als Ziel voraus.
- Der Ausbau des SS-20-Systems wird in Ausmaß und Qualität von der NATO zwangsläufig als Bedrohung verstanden; die Beeinträchtigung der Entspannungspolitik durch die SS-20-Rüstung ist bereits eingetreten.
- Die Möglichkeit der Abrüstung in diesem Feld besteht noch immer. Sie setzt sowjetische und amerikanische Bereitschaft zum Verhandeln und eine sowjetische Bereitschaft zu einem entsprechenden Abbau des SS-20-Aufbaus voraus.

5.26. Für die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Sicherheit nur im Bündnis wahren kann, muß im Zentrum die Verhandlungsbereitschaft des Bündnisses mit dem Ziel stehen, durch sowjetische SS-20-Abrüstung die westliche Nachrüstung zu verhindern.

Die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion wurde mühsam, insbesondere durch die Bundesregierung, erreicht. Die Verhandlungsbereitschaft der neuen amerikanischen Regierung war lange Zeit hindurch nicht unbestritten: Sie ist nun ausdrücklich vom amerikanischen Präsidenten noch für dieses Jahr erklärt worden. Diese Verhandlungen müssen von amerikanischer Seite ernsthaft und nachdrücklich und mit Abrüstungszielsetzung geführt werden. Hierfür wird sich die Bundesregierung im Bündnis weiterhin nachdrücklich einsetzen. Ernsthafte Verhandlungen über die Abrüstung im Mittelstreckenbereich sind ein unerläßlicher Bestandteil des NATO-Doppelbeschlusses.

5.27. Verhandlungen haben allerdings nur eine Aussicht, wenn der Gegenstand der Verhandlungen nicht dadurch entfällt, daß der Westen seine Verhandlungsposition einseitig aufgibt. Die SS 20 würden nach allen bisherigen Erfahrungen mit Sicherheit uneingeschränkt stehen bleiben, wenn die Sowjetunion keine Anreize mehr findet, sie zur Vermeidung westlicher Nachrüstung entsprechend abzubauen. Es ist aber absolut sicher, daß bei Fortbestehen einer derartigen, einseitigen sowjetischen Überlegenheit die notwendige Entspannungspolitik weder in Europa noch weltweit Fortschritte machen könnte. Wer also den Doppelbeschluß jetzt aufgibt, zementiert – ob er dies will oder nicht – die sowjetische SS-20-Rüstung und blockiert damit den Weg zur weiteren Entspannungspolitik.

6. Perspektiven der Friedenspolitik.

Friedenspolitik verlangt eine umfassende Strategie. Verteidigungsausgaben, Waffen und Soldaten sind nur ein Beitrag zur Sicherheit – und wie die Geschichte Deutschlands beweist, nicht der wichtigste.

Friedenspolitik muß davon ausgehen, daß keine Strategie der Friedenssicherung ohne Risiken ist. Aber die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß eine Überbetonung der Verteidigungsaspekte und die Vernachlässigung einer im Einklang mit den geschichtlichen Entwicklungen stehenden politischen Strategie des Ausgleichs und der Verständigung die Risiken erhöht. Hier, in dieser Abwägung, liegen die unüberbrückbaren Gegensätze zur CDU/CSU und ihrer rechtsgerichteten deutschen Tradition.

Sozialdemokratische Friedenspolitik war mehrheitlich nie pazifistisch in dem Sinne, daß Sozialdemokraten die Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit verneint hätten. Sozialdemokratische Friedenspolitik war aber immer eine Politik, die die Risiken des wahren Ausgleichs, des realistischen Entgegenkommens und der Zusammenarbeit für geringer veranschlagt hat, als die Risiken einer sogenannten Politik der Stärke.

Diese sozialdemokratische Tradition muß auch weiterhin der Politik der Bundesregierung zugrunde liegen.

Beschluß des SPD-Vorstandes vom 27. 3. 1981 zur sicherheitspolitischen Situation

Ausgehend vom sicherheitspolitischen Abschnitt der Erklärung des SPD-Vorstandes vom 11. Februar 1981 (Fünf Punkte), dem sich Parteirat und Bundestagsfraktion der SPD angeschlossen haben, sowie im Einklang mit der Stellungnahme der Bundesregierung vom 25. Februar hat der Parteivorstand zur sicherheitspolitischen Situation beschlossen:

1. Die SPD unterstreicht ihre Entschlossenheit, die Politik der Friedenssicherung und Entspannung fortzusetzen, die von der sozial-liberalen Koalition entwickelt und im Einvernehmen mit den Bündnispartnern erfolgreich verfolgt worden ist.

   Sicherheit und Zusammenarbeit in und für Europa müssen im gemeinsamen Interesse des Friedens ausgebaut werden. Sicherheit verlangt eine Politik des annähernden Gleichgewichts, nach sozialdemokratischer Auffassung auf möglichst niedrigem Niveau.

   Sicherheit ist nur auf der Basis des Bündnisses und seiner Beschlüsse möglich. Sie verlangt Vereinbarungen zwischen Ost und West.

   Das verlangt den Dialog zwischen Ost und West mit dem Ziel, zu Vereinbarungen über gegenseitige und ausgewogene Maßnahmen der Rüstungskontrolle zu gelangen.

2. Die Fortsetzung der eingeleiteten Verhandlungen ist unerläßlich:
   - zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT-Verträge),
   - zur Begrenzung von Mittelstreckenwaffen in Europa,
   - zur Reduktion von Truppenstärken (MBFR),
   - zur Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen (KSZE),
   - für eine europäische Abrüstungskonferenz (KAE).

3. Die SPD begrüßt
   - die Bereitschaft beider Großmächte zum Dialog und zur Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen,
   - daß der Generalsekretär Breschnew kürzlich Vorschläge gemacht hat; sie müssen allerdings geändert und ergänzt werden,
   - die vom amerikanischen Außenminister bekräftigte Bereitschaft zu Verhandlungen auf dem für Europa besonders wichtigen Gebiet der Mittelstreckenwaffen.

   Jetzt kommt es darauf an, sich auf diese Verhandlungen zu konzentrieren, zu denen sich die Sowjetunion beim Besuch des Bundeskanzlers im Sommer 1980 bereiterklärt hat.

   Die SPD geht davon aus, daß die Bundesregierung weiterhin ihren ganzen Einfluß geltend machen wird, damit die Regierungen in Washington und Moskau die im Oktober 1980 in Genf begonnenen Gespräche unverzüglich fortsetzen.

4. Die Aufstellung von Mittelstreckenwaffen als Antwort auf die sowjetische SS-20-Rüstung wird von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig sein. Sie ist ohnehin erst im Herbst 1983 möglich.

   Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion in der Zwischenzeit einen beträchtlichen Vorsprung auf diesem Gebiet erreicht hat, käme ein Einfrieren der heutigen Situation nicht infrage.

   Der Berliner Parteitag hat im übrigen 1979 erklärt:

   „Es ist zu prüfen, ob bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß überprüfbare Vereinbarungen (Moratorien) über einen Produktions- und Stationierungsstop neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten von Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt erleichtern würden."

   Dieser Beschluß hat nach wie vor Gültigkeit.

5. Die SPD unterstreicht die Notwendigkeit des Doppelbeschlusses der NATO, der weder eine Position der Schwäche hinnehmen will, noch nach Überlegenheit strebt.

Archiv der sozialen Demokratie * Bibliothek * Bonn

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, Bonn
Druck: J. H. Schmalfeldt + Co., Bremen

5-81-A 100 Bestell-Nr. 320084